

# Berliner Tageblatt

Nr. 268

und Handels-Zeitung

Chef-Redakteur Theodor Wolff in Berlin.  
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

## Baldwin für eine Alliierten-Konferenz zur Beratung des deutschen Memorandums in London.

### Die Zustimmung der englischen Presse.

„Das deutsche Memorandum ein wesentlicher Schritt vorwärts und als Verhandlungsgrundlage brauchbar.“

(Telegramm unseres Korrespondenten)

London, 9. Juni.

Die Haltung der Morgenblätter ist durchaus fest. Die gegen das deutsche Memorandum gerichteten heftigen Angriffe der Pariser Blätter haben keine Wirkung gehabt. In ihren ergänzenden Besprechungen finden die Londoner Blätter zwar noch manches an dem Memorandum auszufehen, betonen aber nachdrücklich, daß das deutsche Ergänzungsangebot ein wesentlicher Schritt vorwärts sei, und daß es eine Verhandlungsgrundlage liefere. „Diese überraschende Einmütigkeit“, mit der sich die öffentliche Meinung fast aller politischen Richtungen zu Gunsten des deutschen Memorandums ausgesprochen hat, schreibt der „Daily Telegraph“, „wird nicht verfehlen, das Gefühl der Stärke der englischen Regierung zu erhöhen. Diese weiß jetzt, daß sie das ganze Band hinter sich hat, wenn sie die Politik der reinen Passivität aufgibt und sich um die Regelung der europäischen Angelegenheit bemüht.“

Daß Baldwin selbst nach dieser Regelung strebt, hat er gestern in einer Rede in Oxford ausgesprochen. England müsse dem verwirrten Europa Frieden bringen. Die Engländer dürften nicht vergessen, daß sie nicht nur Scholten oder Wollfänger, sondern auch Europäer seien. Der ganze Bestand der westlichen Zivilisation hänge von der Rettung Europas ab. Außer Baldwin hat gestern noch ein anderes Regierungsmitglied, der Präsident des Handelsministeriums, Sir Lloyd George, gesprochen, und zwar in Cardiff. Er hoffe, im Interesse aller Alliierten und der Welt, daß diesmal die Gelegenheit benützt werde, eine gemeinsame Antwort der Alliierten auf die deutsche Note zu erteilen. Er glaube, daß bei beiderseitigem guten Willen der Betrag der Reparationen, die Zahlungsmethode, die Verteilung der Beträge und die Sicherheiten Frankreichs festgelegt werden können, wenn die Alliierten gemeinsam handeln. Abgesehen von diesen, mehr allgemeinen gehaltenen ministeriellen Erklärungen zeigen sich die englischen amtlichen Stellen nach wie vor sehr zurückhaltend, was auch die englischen Blätter betonen. Die große Wichtigkeit der gegenwärtigen Lage beigemessen wird, zeigt sich darin, daß die „Times“ wieder ihren Leitartikel dem Reparationskonflikt widmen. Die Zukunft Europas hänge in weitem Maße davon ab, ob die Alliierten sich über eine gemeinsame Antwort an Deutschland einigen könnten. Trotzdem die noch zu überwindenden ungeheuren Schwierigkeiten nicht verkannt werden könnten, so glauben die „Times“ doch, daß die Aussichten auf Verhandlungen besser geworden seien. England könne hierbei nicht beiseite stehen, ohne seine Pflichten gegen die Welt und gegen sich selbst zu vergessen. Die „Times“ betonen, daß die Reparationsfrage ein wirtschaftliches Problem sei und als solches aufgefaßt werden müsse. Man müsse sich fragen, was Deutschland zahlen könne. Die Alliierten könnten vielleicht dadurch verlieren, daß sie Deutschlands Zahlungsfähigkeit zu niedrig einschätzten, aber dieser Verlust sei nichts gegen die Verluste, die sie durch die Lähmung von Handel und Verkehr erlitten. Die „Times“ bringen hierbei eine sehr interessante Feststellung. England, heißt es, habe weit über eine Million Arbeitslose. Diese könnten, wenn sie Arbeit hätten, 100 Millionen Pfund jährlich verdienen und das Nationalvermögen um diese Summe bereichern. Dazu komme noch der Wegfall der Arbeitslosenunterstützung. Dies zusammen sei mehr als die doppelte Summe, die England an die Vereinigten Staaten zu bezahlen habe. Glaube vielleicht der wildeste Deutschfeindlicher, daß England niemals mehr als einen Teil dieses Betrages von Deutschland erhalten könne. Bei Festsetzung der Reparationssumme müsse England Opfer bringen, und es sei auch bereit dazu, aber mit der Einbeziehung Amerikas ergebe sich eine Schwierigkeit, denn England könne unmöglich Frankreich seine Schulden erlassen, wenn Amerika auf der französischen Schuldenbezahlung bestände. Die „Times“ berühren dann noch die Frage des passiven Widerstandes. Welche Vorteile hätten Frankreich und Belgien davon, wenn Deutschland erkläre, es gebe den Widerstand auf, und wenn die hartnäckigen westfälischen Bergarbeiter trotzdem auf dem Widerstand beharrten, wie sie erklärt haben, und was für Konsequenzen werde Frankreich als Gegenleistung machen? Seine Truppen zurückziehen, wenn die Reparationen festgelegt seien? Der Leitartikel schließt, daß England den Versuch zu machen habe, die Reparationen und die Zahlungsmethode festzusetzen. Die deutsche Note sei auf diese Frage eingestellt, und zwar in einer Weise, daß England sich nicht dagegen sträuben könne.

das bereits gestern gemeldete Gerücht, daß man von einem baldigen Eintritt Mac Kennas in das Kabinett spreche. Der Name Mac Kennas findet sich auch in Artikeln der „Daily News“ und des „Manchester Guardian“. Die „Daily News“ stellen fest, daß der zweite Eindruck der deutschen Note den ersten bestätige. Nach dem Urteil von in hohen Stellungen befindlichen Persönlichkeiten rechtfertige die deutsche Note alles in allem die Erwartungen, die man auf sie gesetzt habe. Der wichtigste Punkt des englischen Programms sei die Stabilisierung der Mark. Auch die „Westminster Gazette“ spricht von einem Reparationsplan Mac Kennas und wünscht, daß dieser möglichst bald in die Lage versetzt werde, ihn auszuführen zu können. England müsse eine eigene Politik entwickeln, und Deutschlands Zahlungsfähigkeit müsse untersucht werden. Wenn Deutschland seine Zahlungsfähigkeit zu niedrig eingeschätzt habe, so müsse man dies bemerken. Unmöglich aber sei, daß England die französische Ruhrpolitik sanktioniere. Nach dem „Daily Express“ soll Lord Cecil's Besuch in Paris mit dem Plan der interalliierten Konferenz zusammenhängen. Aus den Wandlungen des Parlaments erfährt das Blatt, daß nicht bekannt sei, ob Poincaré die deutsche Note schon vor der Abhaltung dieser Konferenz beantwortet werde. Sollte aber Poincaré die Anregung des englischen Premierministers zu einer gemeinsamen Konferenz ablehnen, so würde er England und Belgien in eine schlimme Lage versetzen. Zusammenfassend wird gesagt, daß die hierige Presse die großen Schwierigkeiten erkennt, die einer gemeinsamen Konferenz der Alliierten noch im Wege stehen, daß sie aber trotzdem an das Zustandekommen dieser Konferenz glaubt.

Der „Daily Telegraph“ erklärt, daß der Vertreter der City im Unterhause, Grenfell, zum Vord erhoben werden soll, um hierüber einen Unterhausausschuß für Mac Kennas frei zu machen.

## Einberufung einer Sachverständigenkommission durch England und Italien?

„Frankreichs Mitwirkung keineswegs unerlässlich.“

London, 9. Juni. (W. T. B.)

Der sehr gut unterrichtete diplomatische Berichterstatter der „Daily News“, Harris Wilson, schreibt, in möglichen Kreisen sei man der Ansicht, daß als Ganzes die deutsche Note alle vernünftigen Erwartungen befriedige. Die Reparationsfrage werde in erster Linie von Baldwin, Curzon und Mr. Kennas behandelt werden. Die unmittelbare Frage sei, welche Antwort auf das deutsche Angebot sich der Entscheidung eines internationalen Ausschusses zu unterwerfen, erteilt werden werden solle. Obgleich Frankreichs Mitwirkung bei einem solchen Unternehmen durchaus wünschenswert sei, sei sie trotzdem keineswegs unerlässlich. Großbritannien und Italien würden, falls sie beschließen sollten, eine derartige Kommission von sich aus zu ernennen, nicht die geringsten Schwierigkeiten finden, sich die Dienste der höchsten Finanzautoritäten in Amerika und in den meisten europäischen Ländern zu sichern. Es sei keineswegs unmöglich, daß eine solche Kommission ernannt werde. Frankreich würde noch volle Gelegenheit haben zu erwägen, wie es sich zu dem Bericht dieser Kommission stellen, wenn er veröffentlicht werde. Der Finanzmitarbeiter der „Times“ schreibt, die deutsche Note habe einen ausgesprochen günstigen Eindruck auf die City gemacht; man sei der Ansicht, Deutschland habe alles wirtschaftlich mögliche getan, und man habe das intuitive Gefühl, was auch immer die unmittelbare Folge des Dokuments sei, daß es zu einer Art von Regelung führen werde. Man hofft, daß die britische Regierung instande ist, die durch das deutsche Angebot geschaffene Lage zu benutzen und eine Konferenz zur Regelung der Reparationsfrage zustande zu bringen. In einflussreichen Kreisen werde erklärt, daß, wenn eine gemeinsame Aktion unmöglich sei, die Frage einer unabhängigen Aktion erwohrt werden müsse, da sie wenigstens die Mittel bieten werde, um eine völlige deutsche Wirtschaftskatastrophe zu verhindern.

Der „Daily Telegraph“ berichtet, einem Telegramm aus Washington zufolge, werde die deutsche Note in dortigen Regierungskreisen als ein „ausgesprochenen Fortschritt“ gegenüber allem, was Berlin bisher angeboten habe, angesehen. Der Parlamentsberichterstatter des „Daily Express“ schreibt, gestern hätten unter einigen Kabinettsministern inoffizielle Erörterungen über die deutsche Note stattgefunden. Das Kabinett werde bald eine Sitzung abhalten. Man sei der Überzeugung, daß alle Anstrengungen gemacht werden müßten, um das volle Zusammenwirken der Alliierten wiederherzustellen, und daß in diesem Sinne sofort an die französische und belgische Regierung herangetreten werden sollte. Lord Robert Cecil sei in Paris gewesen, um den Vorschlag für eine Alliiertenkonferenz vorzubringen. Baldwin sei bereit die Vertreter der übrigen Regierung jederzeit nach London einzuladen. In London sei nicht bekannt, ob Poincaré auf diese Konferenz warten werde, bevor er die französische Antwort an Deutschland absende.

In Berlin war heute mittig das Gerücht verbreitet, daß englische Truppen in Düsseldorf eingedrückt seien. Weder an den amtlichen Stellen, noch bei unseren Korrespondenten des Ruhrgebietes liegt eine Bestätigung dieses Gerüchtes vor. Wahrscheinlich handelt es sich um belgische Truppen (Kavallerie und Artillerie), die ebenfalls im Sauerlandgebiet stationiert, disloziert worden sind. Bekanntlich tragen die Belgier eine den Engländern ähnliche gelbliche Uniform, während die Franzosen eine blaue Uniformfarbe haben.

## Das Handelszentrum des Westens.

Kölns Entwicklungsmöglichkeiten nach der Entfestigung. Die Rückwirkungen der Ruhrkraktion. — Die bedrohliche Abschnürung des Kölner Brückenkopfes und die Isolierung der englischen Besatzung.

Von unserem Korrespondenten Dr. Alfred Krüger.

Köln, Anfang Juni.

Inmitten der Stürme, die über das alt- und neubelebte Gebiet hinrausen, erscheint der Bezirk des Kölner Brückenkopfes vorläufig noch als ein sicheres und friedliches Eiland. Hier gibt es keine Repressalien, keine Ausweisungen von Schutzpolizei- und Eisenbahnern. Köln ist einer von den ganz wenigen Orten im Rheinland, wo der Beamtenapparat, abgesehen von der Fortschleppung des früheren Präsidenten des Landesfinanzamtes durch die Franzosen, vollständig intakt geblieben ist. Die Stadt hat bekanntlich unter der umsichtigen Leitung des Oberbürgermeisters Dr. A. Denaumer in den letzten Jahren einen rapiden Aufschwung genommen. Hierfür waren in erster Linie zwei Gründe maßgebend: die Sprengung des Festungspanzers, der vor dem Kriege jede wirtschaftliche Expansion hemmte, und die Verlegung des wirtschaftlichen Schwergewichtes nach dem Westen. Während andere rheinische Städte, wie z. B. Düsseldorf, um jeden Fußbreit Boden zur Erweiterung ihres Hafengebietes einen erbitterten Kampf mit den anliegenden Ortschaften führen müssen, konnte sich Köln nach der Entfestigung genügendes und günstig gelegenes Terrain sichern, das heute die Grundlage der großartigen Adenauerischen Projekte bildet, die vor allem in dem Bau eines großen Handelshafens, der Bereinigung von Industrie- und Wohnflächen, der Anlage einer 14 Kilometer langen Gürtelbahn bestehen. Das Industriegebiet umfaßt eine Fläche von 460 Hektar, wovon die Linckhoffmann A. G. und die Welmerle Stern-Sonnenborn bereits insgesamt 580 000 Quadratmeter, d. i. ein Siebtel des Geländes erworben haben. Der Bau des städtischen Hafens, der fünf Becken enthält, und dessen Wasserfläche 33,5 Hektar beträgt, ist in flotten Gang. Der erste Baubauabschnitt wird nach aller Wahrscheinlichkeit schon im Herbst dieses Jahres beendet sein. Dieser erste Teilsbau macht die Grundvergrößerung von 950 000 Kubikmetern zur Schaffung einer Wasserfläche von 82 700 Quadratmetern notwendig. Die Stadt betreibt dabei gleichzeitig produktive Erwerbsloosenfürsorge, indem sie zahlreiche Bauarbeiter, die infolge der geringen Bauaktivität entlassen wurden, bei diesen Erdarbeiten beschäftigt.

Jahrzehnte werden vielleicht vergehen, ehe die Adenauerischen Pläne ihre letzte Verwirklichung finden werden. Das ist notwendig, wenn man den ungeheuren Ausdehnungsdrang dieser Stadt freien Spielraum zu schaffen, beweist die damalige einstimmige Annahme der Hafenpläne durch die Kölner Stadtverordneten einschließlich der Kommunisten. Seine volle Bedeutung wird der neue Hafen haben, der sich bei dem Vorort Riehl ausdehnt, erst erhalten, wenn der Mittelkanal, die Rhein-Main-Donau-Verbindung und der Rhein-Maas-Schelde-Kanal einmal fertiggestellt sind. In den Mittelpunkt dieses Kanalsystems gestellt, wird Köln zum Hauptstützpunkt der kontinentalen Binnen-Schifffahrt und ein internationaler Stapelplatz von hervorragender Bedeutung. Köln, als Wirtschaftsexponent des rheinisch-westfälischen Industriegebietes, hat schon heute die übrigen rheinischen Städte, die untereinander in einem scharfen wirtschaftlichen Wettbewerb stehen — auch Duisburg, Düsseldorf, Mainz, Mannheim und Karlsruhe sind daran, ihre Hafenanlagen zu vergrößern — weit überflügelt. Für das rasche Tempo der Entwicklung Kölns, dessen Bevölkerung seit dem Jahre 1915 um Hunderttausend zugenommen hat, einige Zahlen. 1914 betrug die Zahl der Jungen 30, heute nahezu 100, die Ziffer aller Gewerbetreibenden ist von 12 367 im Jahre 1911 auf etwa 30 000 gestiegen, die reinen Handelsbetriebe hatten sich im Vergleich mit den Vorkriegsziffern schon im Jahre 1920 fast verdreifacht, die der Spektakeltheater vervielfacht. Die Börse vermag die zahlreichen Besucher nicht mehr zu fassen, so daß man Erweiterungsbauten vornehmen mußte.

Dieser glanzvolle Aufstieg ist indessen mit dem Beginn der Ruhrbesetzung ins Stoden geraten. Der Stadt wird durch die Verkehrsbeherrschung der Franzosen und Belgier allmählich das Blut abgegesaugt. Diese unerbittliche Belagerung macht sich von Tag zu Tag unerbittlicher fühlbar. Ein Eisenentzug, ein Bahnhof nach dem andern wird in den Händen der Belagerer eingegeben. Die folgenschwerste letzte Abschneidungsmaßnahme war die Besetzung des Bahnhofes Siegburg, wodurch der Betrieb auf den wichtigsten Güterverkehrslinien nach Süddeutschland lahmgelegt wurde. Köln, das über den verkehrsreichsten Fernbahnhof verfügt — im letzten Jahre wurden über 15 Millionen Personen von hier auf der Eisenbahn befördert — besitzt heute nur eine einzige Ein- und Ausfahrtslinie, die zweigleisige Schnellstrecke Köln-Elsfeld-Hagen-Berlin. Wie anderen Verbindungen sind, abgesehen von einer unbrauchbaren eingleisigen Güterzugstrecke bei Siegburg, durch die Franzosen gesperrt. Damit ist der Brückenkopf Köln von dem besetzten und unbefestigten Gebiet fast völlig abgeschnitten. Der gesamte Güterverkehr muß sich jetzt auf dieser einzigen Strecke abwickeln, was um so schwieriger ist, als sich hier gleichzeitig der jahresplanmäßige Personenverkehr abspielt. Tritt eine Störung dieser Verbindung ein — und wie leicht ist dies möglich, wenn der kommunistische Aufstand weiter um sich greift — dann ist die Isolierung vollkommen.



Die Verhandlungen

der bayerischen Putschisten mit Richert.

6. Verhandlungstag im Münchner Hofvertratsprozess. (Telegramm unseres Korrespondenten.)

München, 9. Juni.

Auf heutigen festlichen Verhandlungstage bestatigte der Zeuge Leutnant Friedmann von der Organisation Ehrhardt die Darstellung, die Major Mayer bei der entscheidenden Vernehmung mit dem französischen Oberstleutnant Richert auf Gut Montebal gegeben hat. Richert stellte sich den vermeintlichen Mitbewerbern als offiziellen Beauftragten der französischen Regierung vor...

Zeuge Frommair nannte Richert den Adjutanten des Generals Vidauer. Richert habe in Saarbrücken eine das ganze Saargebiet überziehende Organisation eingerichtet und sei Chef der französischen Propaganda gewesen. Er gab sehr viel Geld aus und suchte Lebensmittel auf.

Zeuge Hofrat Birg, Präsident des bayerischen Ordnungsmagistrats, wurde am 20. Februar dieses Jahres von Kapitänleutnant Kautter, dem Vorgesetzten der Organisation Konrad, telefonisch gebeten, gemeinsam mit ihm den Generalminister Dr. Schwegler wegen der Verhinderung zu verhandeln, da die Situation außerordentlich kritisch sei...

Minister Schwegler entschied dahin, daß der Polizeipräsident nicht zum Richter zugelassen werden dürfe, sondern daß außer dem Staatsanwalt ein Kriminalkommissar der Verhöre zu beauftragen sei...

Der Vorsitzende des Gerichts wirft hier ein: „Zeit kommt er nimmer“. (Heiterkeit). Der Minister und der Polizeipräsident trauten offenbar der Darstellung Kautters noch nicht ganz und der Polizeipräsident schickte ihm Kriminalkommissaren nach...

Die Verwissenschaftung der Zwangsanleihe.

Erklärungen des Dr. Hermes im Reichstagsausschuß.

Im Reichstagsausschuß für Volkswirtschaft wurde die Beratung des Gesetzentwurfs zur Sicherung der Brotverforgung im Wirtschaftsjahr 1923/24 fortgesetzt. Angenommen wurde die Anordnung, daß Geldbeträge bereitzustellen sind, um dem bedürftigen Teil der Bevölkerung den Bezug von Brot bei fortfallender öffentlicher Brotverforgung zu erleichtern.

In der Aussprache wurden die Fragen eingehend erörtert, wie die Menge des Getreides zur Sicherung der Brotverforgung nötig sein, und wie groß der Kreis der Bedürftigen sei, dem man die Brotverforgung erleichtern müsse, schließlich welche Geldbeträge dazu erforderlich sein würden.

Reichsfinanzminister Dr. Hermes führte aus: Nach meinen Unterlagen würde sich ein Bedarf von 1,5 bis 1,6 Milliarden Papiermark ergeben. Durch den gegenwärtigen Kurs von 6 werden im Hinblick auf die veränderte Lage die Kosten nicht mehr gedeckt werden können.

Die Sozialdemokraten hielten die zehnjährige Erhebung der Zwangsanleihe für nötig, während die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen glaubten, daß durch eine Verwissenschaftung der Zwangsanleihe genügend Mittel zur Erleichterung der Brotverforgung für die bedürftige Bevölkerung geschaffen würden.

Ministerpräsident Braun über die dänische Propaganda.

Die heutige Landtagsitzung.

Die Gefährdung der Nordmark.

Der Landtag legte heute die zweite Beratung des Haushalts des preussischen Staatsministeriums fort.

Hg. Müllberg (Deutschnat.) begründet den deutschnationalen Antrag über die Erhaltung deutscher Sprache und Kultur in Schleswig und verweist auf die Entziehung fremddeutscher Gebiete. Dänemark will die Eiderregion. Durch eine großzügige Propaganda arbeitet es auf dieses Ziel hin.

Ministerpräsident Braun beantwortet die große Anfrage. Die Einzelheiten der Anfrage entsprechen leider den Tatsachen. Der dänische Unterrichtsminister Appel hat fälschlich auf die weitgehenden Rechte hingewiesen, die den reufländischen Minderheiten in dem dänisch gesprochenen Teil Schleswigs zugehören sollen.

Was dagegen die Behandlung der dänischen Minderheit die östliche Grenze anbelangt, so bewilligen wir die Erteilung dänischen Unterricht, wo es sich um Kinder aus nur eines dänischen Elternteils handelt. Weiter kann und darf auch die objektive und gerechte Minderheitspolitik nicht gehen.

Wir haben Dänemark freierzeit den Anblich eines Minderheitsabkommens angeboten, aber die dänische Regierung

hat sich geweigert, selbst auch nur in Vorberatungen darüber einzutreten.

Aber nicht nur auf dem Gebiet der Schule wird eine unzulässige Propaganda getrieben, sondern auch auf allen anderen Gebieten des öffentlichen Lebens. Sie dient bewußt dem Zweck, im deutschen Land die dänische Einflus- und Sphäre zu erweitern.

Der schleswigsche Bevölkerungsgewinn hat Dank. Wir werden bei in ihrem Abwehrkampf auch weiterhin nach Kräften unterstützen. Wir haben gegen Dänemark als Volk und Staat nicht im mindesten Groll und wünschen, mit ihm in Freundschaft und Frieden zu leben.

Hg. Richter-Neumünster (Soz.): Die Stützungskassation für die Mark ist viel zu spät erfolgt. Sie wurde beidermaßen erst eingeleitet, als die Korbhebung vor sich ging. Sehr einflussreiche Kreise der deutschen Wirtschaft wollten überhaupt nichts wissen, haben sie vielmehr gemaht und schließlich zum Zustandekommen verholfen.

Die dänische Propaganda in Schleswig ist ein Verbrechen an der Arbeiterkraft. Die dänische Propaganda ist ein Verbrechen an der Arbeiterkraft. Die dänische Propaganda ist ein Verbrechen an der Arbeiterkraft.

Die Tätigkeit Rechtsradikaler in Dresden.

Telegramm unseres Korrespondenten.)

Dresden, 9. Juni.

Am Aufbruch zu meinen Artikel „Nachfrage zu den Dresdener Unruhen in der Berliner Tagesblatt“ schreibt die Amtliche Nachrichtenstelle der sächsischen Staatskanzlei: Die Rolle, die die rechtsradikalen Elemente bei der Aufzehrung der Gewerkschaften gespielt haben, wird in diesem Artikel zutreffend hervorgehoben.

Die Streiffahrt in Oberschlesien. (Telegramm unseres Korrespondenten.) Breslau, 9. Juni. Der Reichsgerichtler ist heute früh von Berlin kommend in Münster eingetroffen. Sofort fanden im Oberpräsidium Besprechungen mit Vertretern der Provinz- und Kommunalbehörden sowie mit Vertretern der Großindustrie, der Kaufmannschaft usw. aus dem besetzten und unbesetzten Gebiet statt.

Reichswehr und Dresdener Unruhen.

Eine Zuschrift des Reichswehrministeriums.

Zu dem Artikel unseres Dresdener Korrespondenten, den wir unter der Ueberschrift: „Nachfrage zu den Dresdener Unruhen“ am 7. Juni im „Berliner Tageblatt“ veröffentlichten, erhalten wir vom Reichswehrministerium folgende Zuschrift:

„Das in Dresden liegende Infanterie-Regiment 10 war, wie seit langem vorgesehen, Anfang Juni zu den jährlichen ständförmigen Manövern nach dem Truppenübungsplatz Jüterbog abbeordert worden. Zu gleicher Zeit lagen auf dem Truppenübungsplatz Königsdrill das Infanterie-Regiment 12 und die erste Abteilung des Feldartillerie-Regiments 4 aus der Provinz Sachsen und bereits seit dem 3. Mai zwei sächsische Reiter-Regimenter, also keine hannoverschen und bayerischen Truppen.“

Die Inneverwaltung zwischen dem Reichswehrminister und der sächsischen Staatsregierung war seit langem für diesen Tag verabredet und hätte die derzeitigen Unruhen nicht zum Gegenstande der Verhandlungen sein können.

Der Reichszantler in Münster.

Telegramm unseres Korrespondenten.)

Münster (Westfalen), 9. Juni.

Der Reichszantler ist heute früh von Berlin kommend in Münster eingetroffen. Sofort fanden im Oberpräsidium Besprechungen mit Vertretern der Provinz- und Kommunalbehörden sowie mit Vertretern der Großindustrie, der Kaufmannschaft usw. aus dem besetzten und unbesetzten Gebiet statt.

Die Streiffahrt in Oberschlesien.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Breslau, 9. Juni.

Die Streiffahrt in Oberschlesien hat sich insofern etwas gebessert, als einzelne Betriebe, die gestern in den Streif getreten waren, die Arbeit wieder aufgenommen haben, und einige andere die gestern abend gestrichelten Streifbefehle nicht durchführten. Am Westf. Vorkriegsbesatzung wurde in dem hiesigen Reichsbahnbezirk die Arbeit wieder aufgenommen.

Gas, Wasser und Elektrizität.

Erhöhung der sächsischen Werttarife.

Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin teilt mit: Der Ausschuss der Wertdepotatation hat sich heute mit der Festsetzung der von der Standaufnahme im Juni ab geltenden Preise für Gas, Wasser und Elektrizität befähigt. Das von den Wertdepotatationen beibrachte Material über die neuen Kohlen- und Frachtpreise ergab, daß die Auswirkung der Kohlen- und Frachtpreiserhöhung noch erheblich größer ist, als man nach den ersten Nachrichten über die Preiserhöhung annehmen zu müssen geglaubt hatte. Daher mußten die Preise für Gas, Elektrizität und Wasser in entsprechendem Umfang erhöht werden.



Leitsätze

Die Einführung der allgemeinen Goldrechnung in Deutschland.

Ueber diese Frage hat der frühere Staatssekretär Dr. D. Professor Dr. Hirsch Anfang April der Sozialisationskommission Leitsätze vorgelegt, die bereits bruchstückweise öffentlich diskutiert worden sind und deren wesentlichsten Inhalt wir im folgenden wiedergeben können.

Nach einer auf die damalige Stützungsaktion bezüglichen Einleitung betont Staatssekretär Dr. Hirsch, dass einer wirklichen Abbildung vorläufig auch die Inflationspolitik der letzten Jahre, insbesondere die Zerrüttung der Reichsbank, entgegenwirken. Es heisst dann weiter: Diese Verringerung des Marktwertes aus dem Inlande heraus sollte schleunigst abgeplant werden. Immerhin werden Schwankungen der deutschen Währung in absehbarer Zeit nicht vermeiden sein. Solche Schwankungen führen stets zu ausser- und einwärts wirtschaftlich schweren Schädigungen der Volksgesamtheit u. zu Massenenteignungen einzelner Volksschichten, nicht selten zu Gunsten anderer. Solange die Reichsmark nur Zahlungsmittel, aber kein Wertbehaltensmittel ist, erscheint es dem künftigen Verordnungsgeber schwer, die Durchführung einer wertstabilisierenden Besetzung in Deutschland durchzuführen.

Die praktischen Massnahmen, die Staatssekretär Dr. Hirsch schlägt, gibt er in folgenden nach dem damaligen Manuskript entnommenen, jedoch unter Einfügung einiger Veränderungen auf Grund der inzwischen erfolgten Erörterungen:

I. Die Voraussetzungen.

Die Goldrechnung ist in Deutschland bruchstückweise bereits eingeführt. Sie erfolgt einseitig und systemlos. Ihre Verallgemeinerung ist notwendig.

1. Die Tatsachen.

Die Goldrechnung ist in Deutschland durchgeführt. Sie wird auf dem Warenmarkt. Unmittelbar wird der Goldpreis berechnet bei allen Einfuhrwaren, bei den wessentlichen Importwaren (Vorschriften der Aussehandskontrolle), bei den wessentlichen Exportwaren; unmittelbar bei den in den wessentlichen Inlandwaren; mittelbar bei den nach Indexzahl errechneten Preisen. Bei einzelnen wenigen, zumeist amtlich bestimmten, Preisfestsetzungen ist eine Mischung von Papier-, Gold- und Goldrechnung üblich (Goldrechnerkarten).

2. Goldpreise. Goldzinsen und Goldbilanzen allein einführen wollen, heisst, den Sachwertbesitz auf Kosten der Allgemeinheit zu verdrängen.

Der Arbeitsschatz ist in den letzten Jahren stark gesunken. Die Einführung der Goldrechnung auf dem Warenmarkt führt unter Voraussetzung der allgemeinen Durchführung zu folgenden Massnahmen:

1. Auf dem Geld- und Kreditmarkt ist die Goldrechnung im Begriff, sich weitgehend durchzusetzen. Bei Einlegen neuer Pfandbriefe und bei den in den letzten Jahren eingeleiteten Verträgen wird die Goldrechnung im wesentlichen weitehend zugunsten der Schuldner durchgeführt. Grundständig besteht auf dem Gebiete der Steuern nach die Papierrechnung.

2. Die Folgen:

Das Durcheinander von voller Goldrechnung, reiner Papiermarkrechnung und sozusagen gebrochener Rechnung nach verschiedenen Indexzahlen hat schwerste wirtschaftliche Schädigungen zur Folge. Die Papiermarkrechnung der Warenpreise und die Goldrechnung der Exporte und Importe führen zu einer negativen Zins und als Folge zum Streik der Sparer zu grossen Hamsterkäufen und damit zur Ernährung einer ausgesprochenen ungünstigen Scheinkonjunktur.

II. Massnahmen zur Einführung der Goldrechnung.

1. Der Friedensvertrag hat die Goldmark bereits gesetzlich in Deutschland eingeführt; sie wird als etwa 1:42 des amerikanischen Dollars berechnet. Der Warenmarkt hat die Goldmark bereits gesetzlich in Deutschland eingeführt; sie wird als etwa 1:42 des amerikanischen Dollars berechnet. Der Warenmarkt hat die Goldmark bereits gesetzlich in Deutschland eingeführt; sie wird als etwa 1:42 des amerikanischen Dollars berechnet.

Der heutige Börsenrhetag.

Dollar ca. 84.000.

Die sehr feste Haltung der Kurse der ausländischen Zahlungsmittel, die am gestrigen Nachmittag einsetzte, hielt auch im heutigen freien Vorbörsenverkehr an, ohne dass irgendwelche besonderen neuen Motive vorlagen. Anfangs wurden etwa folgende Kurse genannt: Amerika 85.000, Holland 33.500, England 95.000, Frankreich 5200.

Die sehr feste Haltung der Kurse der ausländischen Zahlungsmittel, die am gestrigen Nachmittag einsetzte, hielt auch im heutigen freien Vorbörsenverkehr an, ohne dass irgendwelche besonderen neuen Motive vorlagen.

Table with 5 columns: Land/Kategorie, G. & G. Brief, G. & G. Devisen, Brief, G. & G. Devisen. Rows include Deutschland, Holland, England, Frankreich, etc.

Der am Mittwochvormittag 6. Juni 1923, schon gestern Nachmittag zeigten sich am Devisenmarkt weitere Steigerungen, auch heute haben sich allerdings unter kräftigen Schwankungen die erhoffenen Devisen anschauen betriebliegen eingeleitet. Die Preisforderungen im Produktengeschäft erneuert in die Höhe, wenn sie auch mit den Devisen nicht gleichmässig Schritt hielten. Die Unternehmungen...

lust ist im Getreidemarkt sehr vorsichtig geworden, so dass im Weltmarkt, der auch wenig abgekühlt war, das Geschäft sich in engen Grenzen hielt. Von den Produkten waren die Offerten teilweise grösser als die Nachfrage, doch geschahen die Umsätze auf höherem Wertniveau.

Die amtlichen Weizenpreise waren an der Berliner Börse pro 50 kg ab Station: Weizen, märkischer u. pommerischer 140.000-147.000. Roggen, märkischer u. pommerischer 122.000-124.000. Feinst. Sommerweizen, märkischer u. pommerischer 100.000-105.000. Erste märkische 105.000-110.000. Feinst. Winterweizen, märkischer u. pommerischer 94.000-96.000. Feinst. Winterweizen, märkischer u. pommerischer 94.000-96.000.

Deutsch-Österreichische Bank.

Die Geschäftskosten betragen im abgelaufenen Geschäftsjahr einschliesslich Steuern, Abgaben und Stempelkosten der Zentrale und der 26 Niederlassungen 295,61 Mill. M. (d. V. 27 Mill. M.). Es verbleibt ein Ueberschuss von 370,67 Mill. M. (30,52), aus dem, wie bereits gemeldet, Dividenden für die Ausschüttung gelangen sollen.

Berliner Produktmarkt.

Schon gestern Nachmittag zeigten sich am Devisenmarkt weitere Steigerungen, auch heute haben sich allerdings unter kräftigen Schwankungen die erhoffenen Devisen anschauen betriebliegen eingeleitet. Die Preisforderungen im Produktengeschäft erneuert in die Höhe, wenn sie auch mit den Devisen nicht gleichmässig Schritt hielten.

IV. Die Goldsteuern insbesondere.

Tatsächlich bestehen Goldsteuern und Goldzölle (entsprechend dem Goldwert). Ihnen nachgehend Prozentsteuern, daneben reine Papiermarksteuern, die nach Mengenangaben (Prozent der Verkaufspreise) und Ansätze zu Naturalsteuern (Getreideumlage, Ansätze in einigen Grundsteuergesetzen, Vorschläge, Tanzen und Rathenau betr. Naturalsteuer). Bei Entrichtung von Steuern werden Geldwertschwankungen seit einiger Zeit in Österreich, in Polen, in Deutschland erst ganz neulich, durch die neuen Vermögenszinsen berücksichtigt.

III. Die alsbaldige Einführung des wertbeständigen Arbeitseinkommens insbesondere.

Die bisherige praktische Behandlung der Goldrechnung ist insofern einseitig gewesen, als sie nur einzelne Teile des Problems berührte, meistens solche, bei denen die praktische Handhabung zu einer einseitigen Stärkung des Besitzes, insbesondere desjenigen an Sachwerten, führte. Dies geschah auf Kosten des Arbeitseinkommens geschehen, das mehrfach bei Valutasturz weiter gesunken ist, als dies durch die allgemeine Wirtschaftslage bedingt war.

a) Wertbeständige Arbeitseinkommen bedeuten nicht Friedenslöhne.

Die Festsetzung der Löhne in fester Weiteinheit ist zunächst nur dem Arbeiter seinen erreichten Lohn festhalten und tatsächliche Herabsetzungen nicht ohne Verhandlungen vor sich gehen lassen. Jetzt wird die notwendige Steigerung der deutschen Arbeitsleistung auch durch die automatische Herabdrückung der Lohnkaufkraft bei Valutasturz gehemmt und in ihr Gegenteil verkehrt. Die gegenwärtigen kurzfristigen Festsetzungen bedeuten eine ungemässige Veranschlagung der Arbeiterkraft und Leistung bei allen Vergrösserung der Arbeitskraft und Leistung bei allen Verhandlungen über die Lohnzahlungen aber trotz der immer kürzeren Perioden solcher Verhandlungen einen Gewinn bei fallender Währung und deshalb ein gewisses geschäftliches Interesse an solchem Gewinn an sich verbleibender Papierwährung.

Weitere Handelsnachrichten siehe Seite 4.

RUDOLF MOSSE ANNONCEN-EXPEDITION ZENTRALE: BERLIN SW 19, JERUSALEMER STRASSE 48-49 Geschäftsstellen in allen Städten

DIE ZEITUNGS-ANNONCE ist erfahrungsgemäß allen anderen Werbemitteln überlegen. Unzählige geschäftliche Unternehmungen haben Bedeutung und Erfolg nur durch das Zeitungsinserat erlangt. Aber ohne genaue Kenntnis des Wertes der einzelnen Blätter entstehen dem Inserenten oft sehr grosse gänzlich verfehlte Ausgaben. Wer inserieren will tut gut sich die mehr als 50jährigen Erfahrungen unserer Annoncen-Expedition nutzbar zu machen.

FILIALEN: BRESLAU, DRESDEN, DUISBURG, FRANKFURT a. M., HAMBURG, KÖLN, LEIPZIG, MÜNCHEN, NÜRNBERG, STUTTGART, ULM, WÜRZBURG, WIEN, WARSAU, BASEL, ZÜRICH. In allen größeren Städten

### Bilanz per 31. Dezember 1922.

<b>Aktiva.</b>	
Grundstücke und Gebäude	4.634.000
Maschinen und Transmisionen	2.177.000
Werkzeuge	1.000.000
Geldbesitz	1.000.000
Kraftfahrzeuge, Pferde und Wagen	3.843.000
Fabrik und Kontor-Einrichtung	933.885,00
Waren-Vorräte	554.430.070
Kasse und Wechsel	10.000,00
Effekten und Hinterlegungen	50.000,00
Ausstandslöhne (Aval-Debitoren M. 354.817,75)	361.474.535,91
Hypotheken	
<b>Passiva.</b>	
Aktien-Kapital	3.500.000,00
Reserve	700.000,00
Beamten- und Arbeiter-Unterstützungsfonds	360.000,00
4 1/2 % Obligationenleihe	1.000.000,00
Buchschulden (Aval-Verpflichtung M. 354.817,75)	1.003.000,00
Steuern-Rücklage	518.342.820,40
Zinsen	37.969.035,91
<b>Verstellung des Reingewinnes:</b>	
Ueberweisung an den Reservefond	M. 5.820.000,00
100% Dividenden	3.500.000,00
M. 400,- pro Aktie Sondervergütung für Geldentwertung	14.000.000,00
Gratifikationen für Angestellte und Arbeiter	15.000.000,00
Zuweisung an den Pensionsfonds für Angestellte und Arbeiter	9.100.000,00
Vortrag auf neue Rechnung	10.289.035,21
M. 57.599.035,21	

851.474.535,91

### Gewinn- und Verlust-Konto per 31. Dezember 1922.

<b>Soll.</b>	
General-Unterkosten	99.143.454,29
Abreibungen	12.754.017,54
Reingewinn	57.499.568,91
769.438.528,52	
<b>Haben.</b>	
Vortrag aus dem Jahre 1921	113.206,00
Betriebsüberschuss und sonstige Einnahmen	169.563.903,09
169.677.109,09	

169.677.109,09

### Vereinigte Flanschenfabriken und Stanzwerke Aktiengesellschaft.

**Der Vorstand:**  
M. Köhler, A. Andreya.  
Die Dividende für das Rechnungsjahr 1922 ist laut Beschluss der Generalversammlung vom 2. Juni 1923 auf 100% = M. 1000,- pro Aktie, abzüglich einer Sondervergütung für Geldentwertung = M. 400,- pro Aktie festgesetzt und wird gegen Einlieferung des Dividendenscheines für das Jahr 1922 in Berlin bei der Commerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft, Berlin W. 8, Behrenstraße 46, oder in Bremen bei der Kommerz- und Diskonto-Gesellschaft, Filiale Bremen, oder in Dresden bei der Kommerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft, Filiale Dresden, oder in Essen bei der Kommerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft, Filiale Essen-Ruhr, oder in Leipzig bei der Kommerz- und Privat-Bank Aktiengesellschaft, Filiale Leipzig, Tröndlinger 3, sofort ausbezahlt.

### Vereinigte Flanschenfabriken und Stanzwerke Aktiengesellschaft.

**Der Vorstand:**  
M. Köhler, A. Andreya.

### Alpacabestecke

802 St. Tafelmesser, 591 St. Messer, 571 St. Küchenmesser, 750 St. Messer, 581 St. Messer und Zerkleinerer.

### Heliostahl G.m.B.H.

802 St. Tafelmesser, 591 St. Messer, 571 St. Küchenmesser, 750 St. Messer, 581 St. Messer und Zerkleinerer.

### Anhalt-Dessauische Landesbank.

#### Bilanz per 31. Dezember 1922.

<b>Aktiva.</b>	
Kasse	202.064.100,00
Guthaben bei Notenbanken	217.798.119,00
Wechsel und unversinal. Scharzanweisungen	1.148.000.190,00
Notenruthaben bei Banken	454.064.285,00
Reporte und Lombards	232.509.891,00
Vorschüsse auf Waren	212.919.713,00
Eigene Wertpapiere	10.432.322,00
Konzernialbeteiligungen	738.271,00
Aval u. Bürgschaftsdebitorien	15.983.000,00
Gedekte Debitoren	134.988.583,00
Aval u. Bürgschaftsdebitorien M. 355.150.498,-	922.189.401,00
Bankguthaben	2.048.000,00
Stonige Immobilien	83.500,00
Sonstige Aktiva	800.083,00
4.764.478.539,00	
<b>Passiva.</b>	
Aktienkapital	1.000.000,00
Reserven	58.980.000,00
Kreditoren	4.972.231,00
Akzente und Schecks	221.600.000,00
Aval und Bürgschaftsverbindlichkeiten	
Nichterhobene Dividende	M. 355.150.498,-
Reingewinn	56.948.772,00
4.764.478.539,00	

851.474.535,91

### Gewinn- u. Verlust-Konto am 31. Dezember 1922.

<b>Debit.</b>	
An Konzeptionsgelder an die Regierung	M. 8.730,00
Steuern	1.822,00
Gehälter und sonstige Unterkosten	95.194,00
Gewinn pro 1922	56.948.772,00
1.584.940,21	
<b>Kredit.</b>	
Per Vortrag vom Jahre 1921	537.986,00
„ „ „ 1922	81.913,47
„ „ Provisions-Konto	41.918,47
„ „ „ „ „ „ „ „	15.238.744,00
„ „ „ „ „ „ „ „	7.968.974,00
„ „ „ „ „ „ „ „	1.523.590,00
„ „ „ „ „ „ „ „	158.949,62

Die Auszahlung der in der heutigen Generalversammlung auf 50% festgesetzten Dividende für das Geschäftsjahr 1922 erfolgt vom 11. Juni c. ab mit: M. 150,- auf die Aktie à M. 300,- M. 750,- auf die Aktie à M. 1500,- an unseren Kassen in Dessau, Ballenstedt, Bernburg, Cöthen, Finsterwalde, Torgau, Wittenberg, Zerbst, Bad Schmiedeberg, Zeitz, Halle, Salze, a. Saale, Gossberg, a. Anhalt, Damsitz, Mark, Elsterwerda, Herzberg, a. Elster, Hoyerswerda, Jessnitz, Kirchhain, N.-Lausitz, Liebenberg, Mühlberg, a. d. Elbe, Oranienbaum, in Magdeburg bei der Firma Dingel & Co., bei der F. A. Neubauer, in Halle bei der Firma Paul Schauffel & Co., in Berlin bei der Deutschen Bank, bei der Dresdner Bank, bei der Allgemeinen Deutschen Credit-Anstalt, Dossau, den 7. Juni 1923.

### Rombacher Hüttenwerke Abt. Westfälische Stahlwerke Bochum.

Auf Grund des § 5 der Anleihebedingungen kündigen wir hiermit den noch im Umlauf befindlichen Best der von der früheren Aktiengesellschaft Westfälische Stahlwerke im Jahre 1917 ausgegebenen 5%igen hypothekarisch gesicherten Teilschuldenscheine von 5 Millionen Mark zur Rückzahlung zum 2. Januar 1924. Die Einlösung erfolgt von diesem Tage ab gegen Einreichung der Stücke und der nicht fällig gewordenen Zinsen und Erneuerungsscheine mit einem Aufzuge von 2%, also M. 1020,- je Stück.

### 2 zu verkaufen.

3 Schmiedehammer (Eisenhammer) Selbstentzünd. 75 kg Schw. Gewicht, zu gut erhalten, zu verf. Preis 15.000 000 Mark. 2 Dampfkessel, 200 PS, 15.000 000 Mark. 2 Dampfkessel, 200 PS, 15.000 000 Mark. 2 Dampfkessel, 200 PS, 15.000 000 Mark.

### Abflussrohre und Formstübe.

ca. 40 normal. Abflussrohre, preiswert verkauft. Lagerort: Breslau-Str. 10, Borsdorf a. S.

### Bazar Aktien-Gesellschaft.

Der Inhaber von bisher als Genossenschaft bezeichneten Aktien der Bazar-Aktien-Gesellschaft werden hierdurch zu dem am 2. Juni, vormittags 9 Uhr, in den Geschäftsräumen der Gesellschaft, Potsdamerstrasse 134c zu Berlin W. 9, stattfindenden 32. ordentlichen Generalversammlung eingeladen.

### Bazar Aktien-Gesellschaft.

Der Aufsichtsrat hat die Entscheidung über die Einlösung der Aktien, die am 2. Juni, vormittags 9 Uhr, in den Geschäftsräumen der Gesellschaft, Potsdamerstrasse 134c zu Berlin W. 9, stattfinden sollen, in der Weise gefasst, dass die Aktien der Bazar-Aktien-Gesellschaft am 2. Juni, vormittags 9 Uhr, in den Geschäftsräumen der Gesellschaft, Potsdamerstrasse 134c zu Berlin W. 9, eingelöst werden.

### Rathenower Dampfmöhlen Aktien-Gesellschaft.

Einladung zur ordentlichen Generalversammlung der Aktionäre vornehmlich des Jahres 1922 am 2. Juni, vormittags 10 Uhr, in Rathenow, im Hotel „Kaiserhof“.

### Rathenower Dampfmöhlen Aktien-Gesellschaft.

Die Aktionäre der Rathenower Dampfmöhlen Aktien-Gesellschaft werden hierdurch zu dem am 2. Juni, vormittags 10 Uhr, in Rathenow, im Hotel „Kaiserhof“ stattfindenden 14. ordentlichen Generalversammlung eingeladen.

### Tom Lager große Bottchen Zellen.

Ulrich, Bremen, Langenstr. 64. Sonnabend und Sonntag Berlin. Hotel Erdner Baum, Kranienstr. 11.

### Die Einrichtung

der Fäbrikation wichtiger Stoffe (Wollstoffe, Baumwollstoffe, Seidenstoffe, etc.) in allen Größen und Farben.

### Belentille für Export

monomentele anbieten

### Neuer S.-M.-Stahl, 60/60 Post.

ca. 1000000 Stk., zu verkaufen

### Spiegelglas

zu verkaufen

### Dresdner Expofirma

ausländischen Abnehmern

### Schuhcremedosen

zu verkaufen

### Bijouterie

zu verkaufen

### Ga. 250 Tonnen Doppel-U. u. I-Eisen

ca. 100 Tonnen

### 1 Smalttafel

zu verkaufen

### Benz-Theater-Coupé

zu verkaufen

### Gilangebot

zu verkaufen

### 14 Strickmaschinen

zu verkaufen

### Motorlokomotive

zu verkaufen

### National-Kasse

zu verkaufen